



Medienkonferenz vom 24. Februar 2020

## **NEIN zur SVP- Kündigungsinitiative!**

**Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin VPOD, Nationalrätin Grüne**

Die SVP behauptet, mit ihrer Kündigungsinitiative den Schutz der einfachen Leute sichern zu wollen. Das Gegenteil ist wahr. Erreichte Fortschritte für die Erwerbstätigen durch die flankierenden Massnahmen stehen bei der Annahme vor dem Aus. Aufgehoben wäre das Recht, das allen Arbeitnehmenden, die in der Schweiz arbeiten, den Anspruch auf Schweizer Löhne und Arbeitsbedingungen garantiert. Derweil intensivieren Martullo-Blocher und Co. die Geschäftsbeziehungen mit China oder anderen Ländern, ohne auf die Einhaltung der Menschenrechte und der demokratischen Grundwerte zu pochen – ganz im Sinne der Familientradition. Ist das ihr Ziel auch für die Schweiz?

Denn bei den konkreten Problemen der Erwerbstätigen sabotieren die Initianten wirksame Lösungen – wie zum Beispiel bei der Erhöhung der Mindestlöhne, einem griffigeren Lohnschutz oder der Lohngleichheit. Damit entpuppt sich die wahre Absicht dieser Initiative: Mit einer radikalen Forderung wollte die SVP Aufmerksamkeit für die eidgenössischen Wahlen im Herbst 2019 erzielen und bewirtschaftet das Bild einer Bevölkerung in Geiselhaft der Ausländer\*innen, welche als Sündenböcke für Probleme wie Dumpinglöhne, Nicht-Anstellung von älteren Arbeitnehmer\*innen, überfüllten Zügen oder teuren Wohnungen herhalten müssen. Nach dem Motto: Probleme werden nicht gelöst, sondern bewirtschaftet. Dieser Poker ist bekanntlich nicht aufgegangen. Die soziale und ökologische Frage ist ins Zentrum gerückt. Wir sprechen über Klimagerechtigkeit. Die Diskussion um Europa hat sich versachlicht. Die konkreten Fragen rücken in den Vordergrund: Wie gestalten wir die Zusammenarbeit, damit sie allen Menschen nützt und nicht nur den Firmen oder dem Kapital?

Wir nehmen den Frontalangriff auf die Bilateralen Verträge sehr ernst, sind aber überzeugt, mit einer breiten Allianz eine Zustimmung zu dieser menschenverachtenden Initiative verhindern zu können – auch mit dem Engagement von uns Gewerkschaften. Wir müssen den Leuten aufzeigen, dass wir mit den flankierenden Massnahmen den richtigen Weg begehen und nur ein regulierter Arbeitsmarkt vor Dumping und Schwarzarbeit schützt. Wir brauchen mehr Schutz und nicht dessen Abschaffung. Ist der Lohnschutz für ausländische Arbeitskräfte aufgehoben, löst dies unmittelbar eine Negativspirale beim inländischen Lohngefüge aus. Um die Unterstützung in der Bevölkerung ausbauen zu können, brauchen wir aber ein griffigeres Arbeitsgesetz, einen besseren Kündigungsschutz u.a. für ältere Mitarbeitende oder Mindestlohnbestimmungen ausserhalb der GAV-Branchen.

Wir stehen vor globalen Herausforderungen. Die dringend notwendige Begrenzung der Klimaerwärmung muss auf europäischer und globaler Ebene angegangen werden. Die Besteuerung oder die Machtkonzentration internationaler Konzerne können nicht einzig auf nationaler Ebene gelöst werden. Als Land mitten in Europa sind wir sozial und kulturell eng mit Europa verbunden. Die guten Beziehungen und Verträge mit der EU ermöglichen den Export unserer Produkte und Dienstleistungen und garantieren gute Arbeitsplätze im Land. In vielen Branchen sind wir existentiell auf ausländische Fachkräfte angewiesen, im Gesundheitsbereich sind es über ein Drittel. Der hohe Standard unserer Forschungseinrichtungen beruht auf unserer Einbindung in europäische Programme.

Die Kündigungsinitiative entrechtet EU-Migrant\*innen. Mit der Personenfreizügigkeit haben sie heute das Recht auf Einreise, Aufenthalt, Zugang zur Erwerbstätigkeit. Pensionierte, IV-Bezüger\*innen und Verwitwete können in der Schweiz bleiben und das Recht auf grossfamilialen Familiennachzug ohne Fristen ist gewährleistet. Und mit den flankierenden Massnahmen ist das Recht auf Gleichbehandlung mit Inländer\*innen in Bezug auf Lebens-, Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen garantiert. Nach Jahren, die von Verschärfungen in der Ausländer\*innenpolitik geprägt waren, hat die Personenfreizügigkeit ein starkes Gegengewicht zugunsten der Gleichstellung der Ausländer\*innen gesetzt – zumindest jener mit einem EU-Pass. Mit der Annahme dieser Initiative wären diese Errungenschaften beendet, stattdessen würde die Einwanderung erneut mittels Kontingenten reguliert. Wir kennen aus jüngst vergangener Zeit das entwürdigende Saisonier-Statut! Enge Kontingente regulieren auch die Zuwanderung von Menschen aus sogenannten «Drittstaaten», die Folge ist die unwürdige Situation Tausender Sans Papiers.

Anstatt wirtschaftlichen Erfolg auf Basis von sozialen und politischen Rechten der Arbeitnehmenden aufzubauen, sollen migrantischen Arbeitskräften Rechte entzogen werden, damit sie leichter ausgebeutet werden können. Schaden würde dies letztlich allen Arbeitnehmer\*innen in der Schweiz. Sorgen wir dafür, dass eine solche Politik keine Mehrheiten erhält! Die sozial flankierte Personenfreizügigkeit ist der lange Weg der Schweiz aus der Abschottung. Dabei wollen wir bleiben und engagieren uns gegen die arbeitnehmerfeindliche Kündigungsinitiative.